

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für  
Dortjammungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der  
Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Der Verbandstag an die Mitglieder!

**Kollegen!** In erster Zeit ist die XI. Generalversammlung in Fulda zusammengetreten. Große schwere Aufgaben sind Ihnen gestellt. Sie tritt an dieselben heran mit frischer Kraft und mutiger Entschlossenheit in Erwartung der Mitarbeit aller Mitglieder.

Ein verlorener Krieg liegt hinter uns. Seine Nachwirkungen sind langsam und hart. Der Friedensvertrag drückt uns unbarmherzig zu Boden.

Die revolutionären Erschütterungen nehmen kein Ende. Das schwer lebende Volk kommt nicht zur Ruhe. Gewissenlose Kräfte sind am Werk, um phantastischer politischer Pläne willen diesen Zustand zu erhalten.

Das gewerbliche Leben kommt nicht zur Gesundung, neue wirtschaftliche Schwierigkeiten als Folge der Valutaspekulation, der Preissteigerung und des Wuchers stehen bevor.

Not und Elend zehren am Mark unseres Volkes. Der völlige Zusammenbruch unseres staatlichen und wirtschaftlichen Daseins droht.

Aus diesem Jammer müssen wir heraus. Alle Kräfte sind zusammenzufassen zu entschlossener Tat.

Die Generalversammlung erklärt:

Ruhe und Ordnung im Innern sind die Voraussetzungen für unseren Aufstieg. Revolutionäre Putschs sind mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Die Stärkung des Willens zur Arbeit in allen Volksteilen ist heiligste Pflicht. Nur produktive Arbeit kann Erleichterung und Besserung unserer Lage bringen.

Arbeit und Sparsamkeit, Ruhe und Ordnung sind die Grundpfeiler neuen Aufbaus und künftiger Wohlfahrt.

Deshalb fordern wir insbesondere Förderung der baugewerblichen Tätigkeit mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.

Die Generalversammlung richtet an die Mitglieder die Aufforderung, erhöhten Einfluß auf die Gestaltung der Dinge im Staat und Wirtschaft zu nehmen.

Die Stärkung des Verbandes nach innen und außen ist heiligste Pflicht aller Mitglieder.

Unter Berücksichtigung dieser Notwendigkeiten haben die Delegierten die Maßnahmen getroffen, die die Zeit von den christlichen Bauarbeitern fordert.

Sie erwarten von den Mitgliedern, daß sie sich geschlossen hinter die von der Generalversammlung gefaßten Beschlüsse stellen und mit aller Entschlossenheit sich für deren Durchführung einsetzen.

Christliche Bauarbeiter! Auf zur lebendigen Tat für den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, für das gewerbliche und soziale Wohl der deutschen Bauarbeiter!

### Die XI. Generalversammlung

Es ist kein schlechter Gedanke gewesen, die Generalversammlung in Fulda abzuhalten. Fulda ist recht eigentlich die Wiege der deutschen christlichen Kultur und das Fuldaer Hinterland ein Bauarbeitergebiet erster Güte. Daß die Fuldaer Kollegen alles getan hätten, um den Delegierten den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten, braucht kaum vermerkt zu werden. Unterfrucht und Verpflegung waren gut, letztere sogar glänzend und dabei doch wohlfeil, ganz erheblich wohlfeiler jedenfalls, als wenn wir in einer Großstadt getagt hätten. Die Fuldaer Gemütslichkeit zeigte sich so recht bei der Begrüßungsfeier, die das Fuldaer Kartell veranstaltet hatte und die namentlich durch die wirklich künstlerischen Darbietungen des Männergesangsvereins „Winfredia“ veredelt wurde.

Eröffnet wurde die Generalversammlung am Sonntag, den 30. Mai, mittags 2 Uhr mit einer Begrüßungsansprache des Bezirksleiters Kollegen Schleicher-Frankfurt. Zahlreiche Ehrengäste konnte er begrüßen, so den Vertreter der Regierung Herrn Landrat Freiherr von Doernberg, als Vertreter der Stadt Fulda die Herren Oberbürgermeister Dr. Antoni und Magistratsrat Zimmerheller Friß, die Herren Abgeordneten Frank-Fulda und Kiehl-Fulda und vor allem unsere alten Freunde und Gönner Herrn Professor Thielemann und Herrn Ingenieur Kapp. Große Freude löste die Anwesenheit von zwei Vertretern des holländischen katholischen Bauarbeiterverbandes aus; sie wurden vom Verbandstage besonders herzlich begrüßt. Holland hat einen christlichen (interkonfessionellen) und einen katholischen Bauarbeiterverband, die beide je 25 000 Mitglieder zählen, in einem Kartellverhältnis zueinander stehen und freundschaftlich nebeneinander arbeiten. Als Vertreter des Gesamtverbandes war Kollege Kaiser-Köln erschienen.

Zu Vorstehenden wurden die Kollegen Wiedberg und Schmidt gewählt. Als Schriftführer wurden gewählt Himmerich-Nachen, Beul-Selentzen, Giermann-Breslau und Stahl-Fulda. In die Mandatsprüfungskommission wurden gewählt Werner-Paderborn, Gerhards-Hannover und Sauerborn-Bremen; in die Stimmberatungskommission Beder-Götze, Rütger-

Hannover, Thora-Berlin, Beder-Bochum, Koch-Bochum, Scheld-Essen und Dulski-Danzig. Die vom Hauptvorstand vorgelegte Tagesordnung wurde genehmigt, nachdem sie durch den Punkt „Stellungnahme zum neuen Reichsstarikvertrag“ erweitert worden war.

Den Geschäftsbericht erstattete der Verbandsvorsitzende Kollege Wiedberg. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er das Bekenntnis zum demokratischen Staat. Wie wir, so führte er aus, unsere Organisation auf demokratischer Grundlage aufgebaut haben, so bekennen wir uns auch im Staatsleben zur Demokratie und lehnen jede Diktatur sowohl von links wie von rechts ab. Die neue Verfassung ist auf Grund des freiesten Wahlrechts zustande gekommen und gibt der Arbeiterschaft die volle Gleichberechtigung im Staatsleben, die wir immer gefordert haben. Wir werden daher treu zur Verfassung stehen. Wir lehnen es ab, den Fußstapfen der „freien“ Gewerkschaften zu folgen, die politische Forderungen an die versassungsmächtige Regierung stellen und mit Generalstreik drohen, wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden. Das Recht, Forderungen zu stellen, muß jede Interessengruppe haben. Es ist aber ein Aufgeben der demokratischen Grundlage, wenn die Erfüllung dieser Forderungen durch Androhung von Gewaltmaßnahmen erzwungen wird. Die Arbeiterschaft ist durch die Neugestaltung der politischen Verhältnisse mit zur politischen Macht gelangt und trägt einen großen Teil der Verantwortung für die Zukunft unseres Volkes. Dessen müssen wir uns als christlich-deutsche Arbeiter bewußt bleiben und unsere Stellungnahme dementsprechend einschleichen. Orientierungspunkt in dieser Richtung ist eine von christlichem Geiste durchwehte Demokratie.

Der soziale Fortschritt ist in der Berichtszeit gut gefördert worden. Die zu Beginn des Krieges in einigen Gewerbebezügen ins Leben gerufenen Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen sind in der zweiten Hälfte des Jahres 1918 ausgebaut und verallgemeinert worden. Der deutsche Bauarbeiterverband hat auf seinem kürzlich stattgefundenen Verbandstag den Austritt aus der Reichsarbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe beschlossen. Das kann uns nicht hindern, zu erklären, daß wir nach wie vor Anhänger der Arbeitsgemeinschaften sind. Der Achtstundentag ist von der Zentralarbeitsgemeinschaft am 15. November 1918 beschlossen und bald darauf allgemein durchgeführt worden. Die Arbeitslosenversicherung wurde durch Verordnung des Reichsausschusses vom 13. November 1918 in wahrlich nicht engstirniger Weise geregelt. Ein Gesetz über Arbeitslosenversicherung ist im Werden. Das Sozialversicherungsgesetz wurde am 13. März 1919 von der Nationalversammlung verabschiedet. Schwache Versuche,

dieses Rahmengesetz in Anwendung zu bringen, sind auf dem Gebiete der Kohlen- und Kalkwirtschaft gemacht worden. Uns befriedigen diese Versuche nicht, da sie von einer wirklichen Sozialisierung noch weit entfernt sind und die ungeheure Preissteigerung dieser volkswirtschaftlich so wichtigen Produkte nicht behindert haben. Auch heute stehen noch große Ueberschüsse in die Taschen der Besessenen. Durch das Betriebsrätegesetz vom Januar 1920 wird dem Unternehmerabsolutismus in den Betrieben der Garaus gemacht. An seine Stelle soll eine demokratische Arbeitsverfassung treten, wie wir sie immer gefordert haben.

Die Wirtschaftslage wurde außer durch politische Putschs und Streiks vor allem durch die Kohlennot ungünstig beeinflusst. Die Baustoffherzeugung hat darunter besonders schwer gelitten. Vor dem Kriege verbrauchte die Zementindustrie monatlich 300 000 Tonnen, jetzt erhält sie monatlich etwa 65 000 Tonnen Kohlen, dazu noch geringwertigere Sorten. Die Kalkbrennereien bedürfen in der Vorkriegszeit monatlich 250 000 Tonnen Kohlen, sie erhalten jetzt ungefähr 70 000 monatlich. Vor dem Kriege waren 18 000 Ziegelfabriken im Betrieb, heute können wegen des Kohlenmangels nur 1200-1500 arbeiten, und auch diese können nicht einmal vollauf mit Kohlen beliefert werden.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiter ist keine gute, trotz bedeutend höherer Konsumlöhne wie vor dem Kriege. Die Preise für alle zur Lebenshaltung notwendigen Waren werden von Woche zu Woche, von Monat zu Monat, weit über das durch gesteigerte Produktionskosten gerechtfertigte Maß hinaus, in die Höhe getrieben. Der Inflationismus, die Sucht, möglichst ohne erhebliche Anstrengung große Vermögen zusammenzuschaffen, ist vielen Volksgenossen zur zweiten Natur geworden. Eine Rücksichtnahme auf das Elend der Mitmenschen, auf die Not der vielen Kriegskrüppel und Kriegshinterbliebenen, kennen sie nicht. Wühelos erwerbend, brutal genießen ist modern. Nach unserer Ueberzeugung hätte die Regierung energischer und wirksamer gegen die Wucherer und Schieber einschreiten müssen, müssen andererseits aber auch eingestehen, daß in vielen Fällen Polizeimittel gegen diesen Inflationismus vergeblich sind, weil er schon zuviel Boden in unserem Volke gewonnen hat. Nur wenn der materialistische Zeitgeist durch eine idealistische, ethische Grundstimmung, die wir aus den Lehren des Christentums schöpfen, überwunden wird, werden wir zu einer Zufriedenheit erzeugenden Gemeinwirtschaft kommen. Verkehrt wäre es inzwischen die Hände in den Schoß zu legen und willige Wucherobjekte für die Inflationisten abzugeben. Rein, schreiten wir zur Selbsthilfe auf dem Genossenschaftsweg. Produktivgenossenschaften auf der einen und Verbrauchergenossenschaften auf der anderen Seite werden ungeheure, unterdrückte Zwischengewinne aus-

MEMORANDUM

On the subject of the proposed  
amendment to the constitution of the  
State of Florida, relating to the  
mode of electing the Governor and  
Lieutenant Governor.

Approved by the Senate on the 15th  
day of January, 1871.

SECTION 1

The Governor and Lieutenant Governor  
shall be elected by the qualified electors  
of the State, at the general election  
held in the year 1872, and in every  
fourth year thereafter, on the  
second Tuesday of the month of  
November, at the polls to be  
established by law, and shall hold  
office for the term of four years,  
beginning on the 1st day of  
January next following the day of  
their election, and until their  
successors are elected.

SECTION 2

The Governor shall be the  
executive of the State, and shall  
see that the laws are faithfully  
executed.

Approved by the House of  
Representatives on the 15th  
day of January, 1871.

SECTION 3

The Governor shall have the  
power to grant pardons and  
reprieves, and to commute  
sentences, and to remit fines  
and penalties, except in cases  
where the pardon is withheld  
by the Legislature, and in  
cases where the pardon is  
withheld by the Governor.





Ursachen liegen jedoch weiter zurück. Wir seien eben während der Kriegszeit allzu gewissenhaft gewesen in der Reklamation von angestellten Kollegen. Ganze Verwaltungsstellen seien zusammengebrochen und nach der Revolution nicht wieder aufzubauen gewesen, weil jahrelang kein Beamter da war, der sich um sie hätte kümmern können. Bei den gegnerischen Verbänden sei man bei der Reklamation von Kollegen nicht so zimperlich vorgegangen wie bei uns.

Hildebrand-Berlin gibt Fingerzeige, wie wir unseren Einfluß in den evangelischen Männer- und Junglingsvereinen stärken können. Die Vorsitzenden und sonstigen Leiter dieser Vereine sollten zu allen größeren Veranstaltungen eingeladen und durch regelmäßige Uebersendung von gewerkschaftlicher Literatur über die Vorgänge in unserer Bewegung auf dem Laufenden gehalten werden. In den verschiedenen politischen Parteien, zu denen sich unsere evangelischen Mitglieder bestimmen, sollten immer und immer wieder die Forderungen und Wünsche der christlich-nationalen Arbeiterbewegung vorgetragen werden.

Funk-Hindenburg (Poster): Postere und Bauarbeiter aller Art müssen einig zusammenstehen. Wenn Postere und Bauarbeiter einheitlich im christlichen Bauarbeiterverband zusammengeschlossen sind, was wir in Obereschlesien anstreben, dann wird dadurch nicht nur dem Postler sein Amt erleichtert, sondern es wird auch wieder Arbeitsfreude und Arbeitslust einziehen. Auch die Unterbringung der arbeitslosen Kollegen wird sich dann leichter regeln lassen.

Edermann-Dreslau: Die Ueberaufgabe der „Baugewerkschaft“ ist zu verringern, wenn der Verband nach den wesentlichen Aufstellungen der Bezirksleitungen erfolgt. Die Aufforderung zur Agitation sollte nicht mehrere Wochen hintereinander erfolgen, sondern ein monatlicher fürger Hinweis dürfte genügen. Erwünscht sind kurze Mitteilungen im Verbandsorgan über Änderungen in der sozialen Gesetzgebung.

Baque-Erier: Unsere Lage im besetzten Gebiet ist an und für sich nicht leicht. Durch den Unterhand deutscher Behörden und auch vieler Unternehmer wird sie weiter ungemüßlich erschwert. Die seit der Revolution um Schutze der Arbeiter erlassenen Gesetze und Verordnungen wollte man vielfach überhaupt nicht anerkennen. Auch gesetzliche Einrichtungen haben versagt. Bei dem Schlichtungsausschuß Kreuznach beantragten wir unter dem 18. Juli 1919 demnächst zur Entscheidung über Lohn- und Arbeitszeit-Fristigkeiten in Traben-Trarbach. Am 22. Oktober wurden wir um Mitteilung ersucht, ob die Angelegenheit in der Zwischenzeit ihre Erledigung gefunden hätte. Ein Kreisbaumeister schrieb einem unserer Vertrauensleute einen Brief, worin er mit Anzeige bei der französischen Besatzungsbehörde droht, damit seine Ausweisung nach der rechten Rheinseite erfolgt, und das lediglich deshalb, weil der Kollege die Arbeiter für die Organisation gewinnen wollte. Das Gleiche leistete sich ein Unternehmer mit gegenüber. Ein Gewerberat aus Döhlen wurde benachrichtigt, daß in Erier die Bauarbeiter den Achthundentag verlangten und gebeten, das Weitere zu veranlassen. Er betraf sich aber auf eine Verfügung der Besatzungsbehörde und bemerkte dazu, daß bei den jetzigen kurzen Tagen im Baugewerbe besondere Maßnahmen überhaupt nicht erforderlich seien. Die Regelung des Beitragswesens muß so erfolgen, daß auch die Sozialklassen lebensfähig bleiben.

Hies-M-Glabach: Die Statistik über Finanzgebarung sollte sich nicht bloß auf die Bezirke erstrecken, sondern auch die Verwaltungstellen umfassen, damit die Vorstände in der Lage sind, den Kollegen vorzurechnen, was sie in einem gewissen Zeitraum an Beiträgen geleistet haben und wie die Ausgaben für Unterstützungen und sonstiges sich zusammensetzen. Um Porto zu sparen, wäre noch zu erwägen, ob es noch nötig ist, bei jedem Unterstützungsfall die Mitgliedsbücher an die Zentrale zu senden. Wenn man bei dem größten Konto, bei der Streikunterstützung, den Verwaltungsstellen das Vertrauen schenkt, die Berechnung selbst vorzunehmen, so kann man es auch in den übrigen Fällen unbedenklich tun. Ich glaube, daß der Betrag für Porto bedeutend höher ist wie bei Beitrag der etwa unbedeutend ausgedehnten Unterstützungen. Um die Ueberaufgabe der „Baugewerkschaft“ zu vermindern, wäre es vielleicht zweckmäßig, wenn die Verwaltungsstellen auf der Rückseite der Vierteljahrsabrechnungen, wo die zugehörigen Ortsgruppen aufgeführt werden, gleichzeitig angeben müßten, wieviel Zeitungen die einzelne Ortsgruppe bezieht, um so zu einer Gewinnforschung über den Zeitungsverbrauch anzuregen. Dann hätte ich den Wunsch, daß sämtliche Druckarbeiten in lateinischer Schrift hergestellt werden. Die Notwendigkeit hierzu ergibt sich aus dem Wegfall der fremdsprachigen Organe.

Gräf-Frankfurt: Den Ueberschuß der Hauptkasse im letzten Jahre betrachte ich mit gemischten Gefühlen. Er wäre nach meiner Ueberzeugung eine bessere Kapitalanlage gewesen, wenn wir das Geld in die Agitation hätten. Bei der Fluktuation ist zu bedenken, daß die Kollegen der Gesamtbewegung nicht verloren gegangen, sondern nur in die Steinarbeiterverbände hineingewechselt sind. Es muß unbedingt erreicht werden, daß die Arbeiter der Baugewerkschaft unserem Verbande zugewiesen werden.

Dick-Düsseldorf besagt den meist zu späten Einzug der „Baugewerkschaft“. Die Bedienung der Mitglieder wurde dadurch verzögert und erschwert. Zu bezagen auf die Mitgliederentwicklung dürfte nicht vergessen werden, daß eine erhebliche Anzahl Mitglieder durch brutalen Terrorismus zum Uebertritt in die gegnerischen Verbände gezwungen wurde. Diese Kollegen sollten den Tag herbei, so sie wieder zu uns zurückkehren können, und wir müssen alles daransetzen, sie bald zurückzuführen. Die Bedeutung des Bundeslegiertenwesens für den Erfolg der Agitation wird meist unterschätzt. Der Zeitungsfrage muß unbedingt mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Vielleicht könnten die Verwaltungsstellen Postkarte für Beiträge

**Am 12. Juni ist der vierundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.**

einrichten. Den Postieren muß im Verbands eine weitgehende Selbständigkeit eingeräumt werden.

Damit war die Aussprache beendet. Nach dem Schlußwort des Kollegen Wieberg wandte sich der Verbandstag der Beratung der zur Satzung gestellten Abänderungsanträge zu.

**Die Entschlüsse des Verbandstages**

Zum Geschäftsbericht wurden folgende Entschlüsse angenommen:

1) Die XI. Generalversammlung des Zentralverbandes christl. Bauarbeiter Deutschlands, dem mehr als 2000 Postere die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen anvertraut haben, stellt mit Bedauern fest, daß der Deutsche Posterebund im Verein mit dem Arbeitgeberbund s. d. B. die Zulassung der Bauarbeiterverbände als Träger des neu abzuschließenden Postervertrages verweigert hat.

Die Generalversammlung erhebt gegen ein solches Vorgehen schärfsten Protest und stellt sich einmütig auf den Standpunkt, daß die vom Posterebund betriebene Haltung im Widerspruch steht zu den Forderungen der Demokratie und daher nachdrücklich bekämpft werden muß. Die Vertreter des Verbandes werden beauftragt, bei den bevorstehenden Verhandlungen mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß unser Verband als Träger des Postervertrages zugelassen und offen als solcher genannt wird. (Antrag Becker-Bochum.)

2) In Anbetracht der Tatsache, daß durch die bar-niederliegende Bauartigkeit viele Bauarbeiter gezwungen sind, in der Baustoffherzeugung Beschäftigung anzunehmen und weil ferner durch die heutige Bauweise viele Bauarbeiter gehalten sind, die Herstellung von Zementwaren selbst vorzunehmen, beauftragt die XI. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands den Hauptverband, bei dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften dahin zu wirken, daß die in der Baustoffindustrie beschäftigten Arbeiter dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands zugewiesen werden.

Der Zustand, daß dem Baugewerbe völlig fremde Organisationen die Arbeiter der Baustoffindustrien organisieren, hat zu schweren Unzufriedenheiten und sogar zu gegenseitiger Bekämpfung geführt. Durch die fortgesetzten Grenzstreitigkeiten wird die Entwicklung der beiderseitigen Organisationen behindert und das Ansehen der Gesamtbewegung beeinträchtigt.

Die XI. Generalversammlung erwartet daher vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, daß er seinen ganzen Einfluß geltend macht, damit die in den Baustoffindustrien beschäftigten Bauarbeiter baldmöglichst dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands als der für sie allein zuständigen Organisation zugewiesen werden. (Antrag Lange-Köln.)

3) Die XI. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands fordert vom Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften die Erldichtung einer Unfallunterstützungs-kasse für die beamteten und nicht-beamteten Funktionäre der Bewegung. Die Schaffung einer solchen Kasse durch den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands hält der Verbandstag vorläufig für unbedenklich. Sollte der Gesamtverband die Frage nicht lösen, werden der Hauptvorstand und Verbandsschluß beauftragt, erneut über die Angelegenheit zu beraten und die Lösung, vielleicht in Verbindung mit der Deutschen Volksversicherung, zu versuchen. (Antrag Zumhrod-Pannover.)

4) Die XI. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands erucht den Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, in den einzelnen Landesstellen und Bezirken kleine, von Zeit zu Zeit wiederkehrende Kurse zu veranstalten, die den Angestellten und Vertrauensleuten der Gesamtbewegung Gelegenheit geben, ihr Wissen in volkswirtschaftlichen, sozialen und staatsbürgerlichen Fragen zu ergänzen und zu vertiefen. (Antrag Zumhrod-Pannover.)

5) Die XI. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands empfiehlt den Mitgliedern des Verbandes, neben der gewerkschaftlichen Organisation die Betätigung der genossenschaftlichen Selbsthilfe in den Konsumvereinen im Anschluß an den Reichsverband deutscher Konsumvereine (Sitz Düsseldorf-Reisholz). Die Ausbeutung der minderbemittelten Volkskreise durch den unredlichen Handel, besonders durch den Zwischenhandel, hat in den letzten Jahren so gewaltig zugenommen, daß die christlich organisierte Arbeiterschaft auf der ganzen Linie zur Selbsthilfe schreiten muß durch Gründung von Konsumvereinen. Die Delegierten verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln an der Gründung von Konsumvereinen und an dem weiteren Ausbau der gesamten Konsumvereinsbewegung mitzuarbeiten. (Antrag Schönefels-Königsberg.)

6) Die XI. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands fordert von den zu-

stehenden Verbänden des Reiches und der Länder, daß sie sofort durch scharfe gesetzliche Maßnahmen verhindern, daß noch weitere Biegeleien abgebrochen und die Maschinen und sonstigen Betriebs-einrichtungen verkauft werden, wie es heute in zahlreichen Fällen geschieht. Im Interesse einer wirksamen Bekämpfung der Wohnungsnot ist schnelles Handeln erforderlich. (Antrag Müller-Münster.)

Zum Vortrag „Baugewerbe und Wohnungsreform“ wurde folgende Entschlußfassung angenommen:

Angesichts der beispiellosen und von Tag zu Tag weiter steigenden Wohnungsnot, insbesondere in unseren Groß- und Mittelstädten und Industriebezirken, unter dem Namen die Arbeiter- und Angestelltenfamilien auf das schwerste zu leiden haben, fordert der XI. Verbandstag des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands die unverzügliche Inangriffnahme einer durchgreifenden Wohnungsreform. Der Verbandstag erklart in der Wohnungsfrage eine der wichtigsten sozialen Fragen der Gegenwart und in ihrer großzügigen Lösung eine der ersten Voraussetzungen für den sozialen Neuaufbau Deutschlands.

1. Die wirksame Verhinderung jeder weiteren Bodenverwertung durch restlose Wegsteuerung des unbedienten Wertzuwachses bei Haus und Boden.
2. Die Kommunalfiskalisierung des Baugeländes.
3. Getrennte Besteuerung von Boden und Bau durch Differenzierung der Hypotheken in Tilgungshypotheken und Zinslose Bodenschulden.
4. Die vorzugswürdige Anwendung des Flachbaues bei Stadt- und Gemeindefortentwicklungen.
5. Die Sozialisierung des Hypothekendarlehens durch Einrichtung einer mit dem Beleihungsmonopol auszustattenden Reichshypothekenbank.
6. Planmäßige Bodenentschuldung durch grundsätzliche Alleinberechtigung der unbedienten Tilgungshypothek.
7. Die Bewirtschaftung der Baustoffe nach gemeinschaftlichen Gesichtspunkten ist mit allen Kräften anzustreben. Sofort notwendig sind Maßnahmen zum Abbau der Baustoffpreise, dem die Herabsetzung der Kohlenpreise vorangehen muß.

8. Die Selbsthilfe der Arbeiter als Mittel zur Befreiung des Bau- und Wohnungswezens muß im größtmöglichen Umfange angewandt werden. Die Schaffung von Bau-Produktiv-Genossenschaften überall dort, wo die Voraussetzungen dazu gegeben sind, verdient aus Gründen des Allgemeinwohls weitestgehende Förderung. Von den öffentlichen Körperschaften erwartet der Verbandstag, daß sie die dahin gehenden Bestrebungen der Arbeiter tatkräftig unterstützen. (Antrag Heinrich-Freiburg und Bach-Münster.)

**Das Existenzminimum im Mai 1920**

Von Dr. R. Kuchynski.  
Die Besserung unserer Saluta hat auch für den Mai noch keine Verringerung der Kosten des Existenzminimums gebracht. Zwar waren Meibung, Schuhwerk und einige Nahrungsmittel, wie Reis, billiger als im April. Aber die rationierten Waren sind im allgemeinen noch teurer geworden. Das gilt besonders für Brot, Fleisch, Kartoffeln und Zucker. In Groß-Berlin kosteten so Brot, Zucker und Milch 5mal soviel wie vor dem Kriege, Kartoffeln 18mal soviel, Butter 14mal soviel, Margarine 22mal soviel, Schmalz 29mal soviel. Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf das Siebzehnfache. In den vier Wochen vom 3. bis 30. Mai wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Mai 1920	Mai 1914
	Preis	Preis
7600 g Brot . . . . .	1615	185
125 g Feigwaren . . . . .	50	10
625 g Nährmittel . . . . .	115	25
1900 g Hülsenfrüchte . . . . .	1314	75
8500 g Kartoffeln . . . . .	680	51
1000 g Fleisch . . . . .	2248	170
80 g Butter . . . . .	300	31
500 g Margarine . . . . .	1765	60
500 g Schmalz, Grafszeit 2000		70
700 g Zucker . . . . .	280	31
500 g Marmelade . . . . .	450	30
	10817	749

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 108,17 M zahlen muß, konnte man vor sechs Jahren für 7,49 M kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 11 800 Kalorien, d. h. ungefähr so viel wie ein Kind von sechs bis zehn Jahren benötigt. Man wird also das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-

Besten auf 77  $\text{M}$  ansetzen können. Eine Frau braucht etwa  $7 \times 2400 = 16800$  Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Wert von  $16800 - 11800 = 5000$  Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie billigst tun, indem sie sich  $1\frac{1}{2}$  Pfund Haferflocken für  $5,25 \text{ M}$  1 Pfund Erbsen für  $4,50 \text{ M}$ , 1 Pfund Marmelade für  $6,50 \text{ M}$  verschafft. Ihr wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also  $48 \text{ M}$  kosten. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa  $7 \times 3000 = 21000$  Kalorien. Da  $4200$  Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von  $\frac{1}{2}$  Pfund Weiz für  $5 \text{ M}$ ,  $\frac{1}{2}$  Pfund Schmalz für  $14 \text{ M}$ , 8 Pfund Gemüse für  $8 \text{ M}$ . Sein wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa  $70 \text{ M}$  kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit  $167 \text{ M}$  wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Brennstoff und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung  $9 \text{ M}$ , für Heizung  $16,10 \text{ M}$ , für Beleuchtung  $6 \text{ M}$ .

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann  $42 \text{ M}$ , Frau  $28 \text{ M}$ , Kind  $14 \text{ M}$ .

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 25 Proz. machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den Mai 1920 in Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	70	113	167
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	22	22	22
Bekleidung	42	70	98
Sonstiges	36	54	74
	179	268	370

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinlebenden Mann  $30 \text{ M}$ , für ein kinderloses Ehepaar  $45 \text{ M}$ , für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren  $62 \text{ M}$ . Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann  $9300 \text{ M}$ , für das kinderlose Ehepaar  $14000 \text{ M}$ , für das Ehepaar mit zwei Kindern  $19300 \text{ M}$ .

Vom Mai 1914 bis zum Mai 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von  $16,65 \text{ M}$  auf  $179 \text{ M}$ , d. h. auf das 10fache, für ein kinderloses Ehepaar von  $22,20 \text{ M}$  auf  $268 \text{ M}$ , d. h. auf das 12,1fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von  $28,70 \text{ M}$  auf  $370 \text{ M}$ , d. h. auf das 12,9fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Marktlage noch  $8$  bis  $9$  Pf. wert.

### Wirtschaftliche Bewegung

#### Reichstagsvertrag für das Dachdeckergewerbe

Die zwischen dem Zentralverband deutscher Dachdeckermeister, dem Bund deutscher Dachdeckerinnungen, dem Zentralverband der Dachdecker Deutschlands und dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands am 23. und 24. Januar 1920 vereinbarten Änderungen zu dem allgemeinverbindlichen Reichstagsvertrag vom 28. Juli 1918 für das Dachdeckergewerbe sind für das Dachdeckergewerbe ausschließlich der Dachdeckerbetriebe der Reichsweite gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1456) für das Gebiet des Deutschen Reiches für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. April 1920.

### Polier- und Schachmeisterei

#### Gefährdungen

Das Mitglied, Herr H. H., aus der Straße Dürck, Reichshaus 13, ein von christlichen Bauarbeiterverband übertragener Poliermeister, hat, gemäß Genehmigung durch seinen Vorgesetzten, die Berufung zum Mitglied des Reichstags angenommen. Er wurde am 23. März 1920, nach dem Tod von 14 Mitgliedern des Reichstags, zum Mitglied ernannt. Er ist ein sehr tüchtiger Mann und hat sich in der Vergangenheit sehr für die Interessen der Bauarbeiter eingesetzt. Er hat sich auch um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bemüht. Er ist ein sehr fleißiger Mann und hat sich um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bemüht. Er ist ein sehr fleißiger Mann und hat sich um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bemüht.

sch aber auch Gegner eingeschrieben haben, so würde auch ihnen freie Rede gestattet werden.

Er erteilte hierauf dem Bezirksleiter, Kollegen Koch, das Wort zu einem kurzen Vortrage. Der Redner betonte zunächst, daß er als Angestellter des christlichen Bauarbeiterverbandes in Hannover Gelegenheit gehabt hätte, die Gründung und weitere Entwicklung des Arbeiterbundes kennen zu lernen. Er hätte gleich die Ansicht vertreten, daß der Bund, wenn er gewerkschaftliche Arbeit leisten wollte, nicht neutral bleiben dürfe, sondern es müßte sich bann die weitere Entwicklung vollziehen wie in den Arbeiterorganisationen. Die Erfahrung habe gelehrt, daß er sich nicht geirrt habe. Es könne ja nun ruhig gesagt werden, daß der Bund bis zum Jahre 1917 wenig gewerkschaftlich und erzieherisch gewirkt habe. Der Arbeiterbund schloß während des Krieges einen Tarifvertrag mit dem Arbeitgeber ab und trat auch zugleich mit den Bauarbeiter-Organisationen ein Abkommen, wonach es den Arbeitern verboten war, bei einem Bauarbeiterstreik Maurerarbeiten zu verrichten, dasselbe galt auf der anderen Seite genau so für die Bauarbeiter. Bei diesem Verhältnis konnte der Deutsche Arbeiterbund sehr gut leben und sich entwickeln. Aber der Bundesvorstand wollte es anders, und zwar verschärfte er den ganzen Bund, ohne die Mitglieder zu fragen, an den sozialdemokratischen Allgemeinen Gewerkschaftsbund. In diesem Moment änderte sich unsere Stellungnahme gegenüber dem Bund, und es konnte kein Mensch mehr von uns verlangen, daß wir nun demselben noch Mitglieder zuführten. Aus dem Inbegriff der Sache lag es Proteste nach Braunshweig, aber dort hatte man latentes Blut. Der Delegiertentag, der zu Ostern 1920 stattfand, der soll entscheiden, so hieß es, und heute können wir sagen, er hat es getan. Der Anschluß ist gegen eine Stimme gutgeheißen worden. Kollege Koch betonte, daß nun für uns nichts anderes übrig bliebe als eine eigene Sektion ins Leben zu rufen. Dieses ist bis jetzt geschehen in Bochum, Dortmund, Essen, Hagen, Köln, Düsseldorf, Münster, und muß auch hier in Gelsenkirchen zur Tatsache werden. Die Poliere werden innerhalb unseres Verbandes ihre Selbständigkeit wahren, ihre Rechte vom Bund aus werden ihnen nicht verloren gehen. Die Leitung unseres Verbandes wird alles ausbieten, um die Rechte der Poliere voll und ganz zu vertreten.

An den Vortrag schloß sich eine rege Aussprache. Grundsätzlich gegen den Anschluß war niemand. Es wurden verschiedene Fragen gestellt, insbesondere, welche Stellung unser Verband zur Angelegenheit einnimmt. Unter anderem wurde auch darauf hingewiesen, daß wir nicht als direkte Vertragskontrahenten in Frage kämen. Die Fragen wurden zur Zufriedenheit beantwortet. Der christliche Bauarbeiter-Verband erstrebt das Angestelltenverhältnis für Poliere mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. Ist man ferner nicht gewillt, von Seiten des Arbeitgebers und Arbeiterbundes uns als direkten Vertragskontrahenten anzuerkennen, so werden wir uns die Anerkennung erzwingen. Es würde auch besonders das religionsfeindliche Verhalten der „Aa“ gekennzeichnet. Für einen christlich gesinnten Polier kann dort kein Platz sein.

Nach der Aussprache wurde zur provisorischen Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt als 1. Vorsitzender Gottfried Beyer, Altonaerstr. 54, als 1. Schriftführer Karl Hillebrandt, Mühlentstr. 7, als 2. Schriftführer Leopold Huhn, Dreddestr. 66. 9 Mitglieder des Bundes erklärten durch Namensunterzeichnung ihren Eintritt. Auch die übrigen sind gewillt, überzutreten. Die Junge Sektion ist jetzt 21 Mann stark.

Kollege Benz betonte in seinem Schlußwort, daß nun der Grundstein der neuen Poliersektion gelegt sei. Jetzt müsse es Aufgabe eines jeden einzelnen sein, seine ganze Kraft in den Dienst der guten Sache zu stellen und alles daran zu setzen, der jungen Sektion neue Mitglieder zuzuführen. Das erste halbe Hundert Mitglieder muß schnell erreicht sein. Genau, wie es der christlichen Bauarbeitergewerkschaft möglich gewesen ist, sich eine kraftvolle Organisation zu schaffen, die ihre Interessen wahrnimmt, so muß auch die Polierbewegung innerhalb unseres Verbandes ein Machtfaktor werden, mit dem die Arbeitgeber und unsere Gegner rechnen müssen. Lassen wir uns durch keine Schwierigkeiten von dem großen Ziele, das wir uns gesetzt haben, zurückschrecken, sondern beherrigen wir das Diktatorwort:

Daß dich durch Kämpfe nicht beirren,  
Sie sein dir Helfer stark und gut.  
Denn, gab es keine Hindernisse,  
Wie gab's dann Energie und Mut!

### Verbandsnachrichten

Meßmer. Am Sonntag, den 5. Mai, fand in Freienohl eine Bezirkskonferenz der Verwaltungsstelle Arnberg statt. Alle Ortsgruppen waren vertreten, außer Hagen. Kollege Ende betonte in seiner Eröffnungsrede, daß er es für nötig gehalten habe, alle Delegierten einmal zusammenzurufen, um uns über die jetzige Lage der Verwaltungsstelle zu unterrichten. Zunächst erhielt Kollege Müller das Wort, um über die Verhältnisse zu berichten. Wir hatten eine Einnahme im ersten Vierteljahr von  $329,00 \text{ M}$  und eine Ausgabe von  $1709,40 \text{ M}$ . In die Hauptkasse wurden gezahlt  $1830,20 \text{ M}$ . Mitglieder hatten wir am Schluß des ersten Vierteljahres 269. Davon sind 170 Maurer, 18 Zimmerer, 37 Hilfsarbeiter, 19 Arbeiter, 6 Jugendliche. Außerdem die Delegierten aller der Stadt ihrer Ortsgruppen berichtet hatten, nahm Kollege Koch und Kollege Benz das Wort zu seinem Vortrage. Er sprach sich zunächst über den Stand der Verwaltungsstelle aus und betonte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit gegenüber den anderen Gewerkschaften. Nicht über einen Tag hinweg dürfen wir, als der letzte Bauarbeiter organisiert ist. Je größer unsere Zahl ist, desto besser können wir uns den anderen Gewerkschaften gegenüber behaupten. Kollege Benz schloß

mit einem warmen Appell an die Anwesenden, nicht an unserer Sache mitzuarbeiten.

Wagerrissen. Am Sonnabend, den 8. Mai, abends 8 Uhr, fand in dem Lokal Joh. Schütte in Algermissen eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung statt. Referent Kollege Helling-Hilberheim schilderte uns die Notwendigkeit der Organisation und forderte alle Kollegen auf, sich dem christlichen Bauarbeiter-Verband anzuschließen. Daß Kollege Helling sämtliche Kollegen aus den Ortsgewerkschaften hatte, kam dadurch zum Ausdruck, daß alle anwesenden Kollegen als Mitglieder aufnehmen ließ. Es wurde nun gleich die Vorstandswahl vorgenommen. Vorsitzender wurde der Kollege Zimmermann Matth. Sandkaffierer, Maurer Josef Engelke, Schriftführer Zimmermann Bernhard Kettmeier. Die Kollegen nahmen Wahl an und versprachen, die noch fernstehenden Mitglieder für den Verband zu gewinnen. Dann wurden die Lohnfrage besprochen und der Kollege Helling beauftragt, die erforderlichen Schritte zu unternehmen. Am 16. Mai fand dann mit den in Frage kommenden Mitgliedern eine Verhandlung statt. Es wurde für Maurer und Zimmerer ein Stundenlohn von  $4 \text{ M}$ . vereinbart. Der bisherige Stundenlohn betrug für einen Zimmerer  $3,20 \text{ M}$ , für einen Maurer  $3,50 \text{ M}$ . Mitteilbar hat nun einen schönen Erfolg errungen. Wenn die beschlossene Verhandlung in Hannover beendet ist, soll auch Algermissen in neue Verhandlungen getreten werden. Kollege Benz legt es nun, das Errungene weiter auszubauen. Darum legt eure ganze Kraft ein zur Stärkung und Einheit eurer Ortsgruppe.

Bochum. Die freie Handwerkerinnung Bochum hat in ihrer letzten Versammlung eine Entscheidung angenommen, in welcher dagegen protestiert wird, daß von den Bauhandwerkern, insbesondere von jenen, die an der Sache Rabbot arbeiten, nach ihren regelmäßigen Schichten noch Nebenarbeiten ausgeführt werden. Der Innungsvorstand will diesen Protest an den Handwerkerbund und an die Handwerkskammer senden und fern die aufgestellten Kandidaten zur Reichstagswahl verpflichten, daß diese bei der Regierung und bei allen maßgebenden Stellen dafür eintreten, daß die Arbeitsbedingungen geregelt wird. Zwischen den Parteien ist es schon, daß die achtstündige Arbeitszeit wieder verlängert werden soll. Es muß bedauerlicherweise festgestellt werden, daß solche Fälle vorgekommen sind. Die in Frage kommenden Kollegen, gleich, welchen Beruf sie angehören, mögen aus dem Protest der freien Handwerkerinnung erfahren, was sie mit ihrer Nebenarbeit angerechnet haben. Sie liefern den Unternehmern das Material in die Säue mit dem sie gegen den Wahlsonntag Einnahmen laufen. W fort mit den Nebenarbeiten nach der geleisteten Schicht. Wegen Zuwiderhandeln werden wir mit allen Mitteln einschreiten und gegebenenfalls die Hilfe der Polizei anrufen. Der freie Innung Bochum-Hövel aber möchte wir sagen, daß sie erst vor ihrer eigenen Tür stehen muß, die sie sich selbst gegen andere erhebt. Diese Herren haben selbst keine reine Wette. Inerst müssen sie davon ablassen, die Bauhandwerker anzugehen und zu bedrängen, nach verfallener Schicht noch bei ihnen zu arbeiten. Selbst der Vorstand hat Schuldbelaben da. Wenn also die Herren die Schmutzkonkurrenz, die sie selbst großziehen, abschaffen wollen, dann sollen sie zunächst bei sich anfangen und nicht nach Verdrängung der Arbeitsetzler. Unsere Kollegen mögen aber hieraus erfahren, was dem Spiegle steht, wenn nach geleisteter Tagesarbeit noch Nebenarbeiten im Baugewerbe ausgeführt werden.

Die bei der Firma Engelke auf Seite Rabbot beschäftigten Kollegen haben für den durch Unfall schon längere Zeit erwerbslosen Kollegen Gerhard Dörrod Hövel zur Unterstützung in der eingetretener wirtschaftlicher Not eine Geldsumme von  $100 \text{ M}$  bereitgestellt, welche das erfreuliche Ergebnis von  $808 \text{ M}$  gezeitigt hat. Dieses erfreuliche Resultat, welches das Selbstlosigkeitsgefühl der Kollegen im schönsten Maße zeigt, veranlaßt uns, den gebenden Kollegen im Namen des Unterstützten hiermit herzlichsten Dank auszusprechen.

### Bekanntmachung

#### Bezirk Karlsruhe

Die Versammlung des Hauptvorstandes beruft sich auf Sonntag, den 27. Juni d. J., eine Bezirkskonferenz nach Baden-Baden ein.

#### Tagesordnung:

1. Bericht des Bezirksleiters.
  2. Die Beschäftigte des Freiburger Verbandstages. (Berichterstattung: Martin Koch - Elm.)
  3. Der christliche Bauarbeiterverband in Gegenwart und Zukunft. (Redner: Verbandsvorsitzender Joh. W. Heberg - Berlin.)
  4. Besprechung der gestellten Anträge.
- Alles Weitere wird den Verwaltungsstellen durch Mundschreiben bekanntgegeben.
- J. A. Fr. Heurtig, Bezirksleiter.

### Esterbetafel

Am 23. Mai starb unser langjähriges Mitglied, der Zimmerer Albert Mülling im Alter von 59 Jahren an Herzleiden. Wir vermissen in ihm einen treuen Kollegen und Mitarbeiter.

Ortsgruppe Ganga, Zimmerer.

Ehre ihrem Andenken!